

erscheint wöchentlich einmal.

Preis für Preßburg:
ganzzährig 5 fl.; halbjährig 2 fl.
50 kr.; vierteljährig 1 fl. 25 kr.; Zu-
stellung in's Haus per Quartal 25 kr.;
einzelne Nummern 10 kr.
Auswärts mit Post bezogen:
ganzzährig 6 fl.; halbjährig 3 fl.;
vierteljährig 1 fl. 50 kr.

In Preßburg abonnirt man bei der
Expedition:
G. Angermayer's Buchdruckerei,
Benturagasse Nr. 107.

Das Recht.

Inserate
werden bei der Expedition des
Blattes angenommen.
Die 3-mal gespaltene Zeile kostet
bei einmaliger Einhaltung 7 kr.,
mehrmalig entsprechender Rabatt;
jede-malige Stempelgebühr 30 kr.
Zeitungsbestellungen und Zuschriften
erbittet man sich frankirt an die
Redaction; unverseigte Decla-
rationen wegen nicht erhaltener
Nummern sind portofrei.

Redaction: Bierenberggasse Nr. 177.

Conservativ-fortschrittliche Wochenchrift für Politik und Volkswirtschaft, für Literatur und Kunst.

Nr. 7.

Samstag 17. Februar 1877.

VI. Jahrgang.

An jene verehrt. Abonnenten unseres
Blattes, welche mit ihren Zahlungen noch
immer im Rückstande sind, richten wir
hiermit ebenso höflich als dringend das
Ersuchen, mit der Berichtigung unseres
Guthabens für die vergangene Zeit sowohl,
wie für das laufende Quartal nicht länger
säumen zu wollen.

Die Redaction des „Recht“.

Politische Wochenschau.

Ungarn. Finsterniß beherrscht unser inner-
politisches Leben. Bankkrisis, Ausgleichskrisis,
Ministerkrisis, Reichskrisis bilden die Abstufun-
gen, nach welchen wir die bis zur Unerträglich-
keit gesteigerten mißlichen Zustände in unse-
rem staatlichen Dasein charakterisiren. Krisen
ohne Ende verhindern die Consolidirung der
Verhältnisse. Mehr als eine Woche ist ver-
strichen, und der einzige, aber vielbedeutende
Gewinn der bereits überlebten harten Tage ist
die Erkenntniß, daß der altersschwache, oder
vielmehr niemals lebensfähig gewesene, Libera-
lismus der unheimliche Geselle ist, der mit un-
geschickter Hand ein Netz gewoben hat, in dem
er sich selbst gefangen, aber nicht, ohne auch
andere Factoren zu bedecken und unthätig zu
machen.

Aus den Eröffnungen des Ministerpräsi-
denten im Reichstage erfahren wir, daß das
Ministerium Tisza aus andern Gründen demis-
sioniren mußte, als welche allgemein angenom-
men wurden. Nicht die negative Haltung des
österreichischen Ministeriums, sondern vielmehr
die Weigerung an allerhöchster Stelle, den im
letzten Augenblicke ausgesprochenen Plänen Herrn
v. Tisza's die Genehmigung zu erteilen, zog die
Nothwendigkeit der Demission nach sich.
Somit erscheint uns die Ursache der diesmaligen
Ministerkrisis von Oben herab gegeben,
indem der Gründung einer selbstständigen un-
garischen Bank die Genehmigung gerade in dem
Augenblicke entzogen wurde, als Tisza dieselbe
als das einzige Mittel bezeichnete, der Unent-
schiedenheit in der Ausgleichsfrage das er-
wünschte Ende zu bereiten.

Die Verhandlungen mit dem österrei-
chischen Ministerium scheiterten an der entschie-
denen Weigerung desselben, Ungarn die gesetzliche
Parität in der Besetzung des Generalrathes der
Bank zuzugestehen. Die Verhandlungen mußten
somit unterbrochen werden. Nun konnte nur
Eines an die Stelle der Verhandlungen treten:
die Gründung der selbstständigen ungarischen
Bank, welcher aber die Bedenken des Monar-
chen entgegengesetzt wurden, sodaß das Ministerium
Tisza seine Demission einreichen mußte, welche
auch angenommen ward.

Daß wir die Unmöglichkeit, unter den ge-
gebenen parlamentarischen Verhältnissen ein an-
deres Ministerium zu gründen, vom Anfange
an richtig erkannten, beweisen die nunmehr ein-
getretenen Thatfachen. Von den zu diesem
Zwecke berufenen Staatsmännern wollte und
konnte keiner die Erbschaft des Herrn v. Tisza
annehmen, so daß dem um das Wohl des Rei-
ches besorgten Monarchen nur die Wieder-
berufung des demissionirten

Tisza übrig blieb, um ihn mit der
Neubildung des ungarischen Ca-
binetes zu betrauen.

Um dieses zu ermöglichen, mußten die
Verhandlungen mit dem österreichischen Mini-
sterium in Hinsicht der strittig gebliebenen
Punkte, an welchem das Einverständnis schei-
terte, von Neuem aufgenommen werden.

Diese strittigen Punkte waren: die Zusam-
mensetzung des Generalrathes der Bank, in wel-
chem Ungarn nach dem Principe der Parität
vertreten sein soll; die Höhe der Dotation und
die Competenz des Generalrathes, damit letztere
nicht in einem Maße ausgedehnt werde, daß der
Einfluß Ungarns auf die gemeinsame Bank un-
möglich gemacht werde, wenn der principiell
paritätisch zusammensetzende Generalrath durch
die Wahl der den Actionären überlassenen vier
Stellen gegen Ungarn ausfallen und die öster-
reichische Reichshälfte das Uebergewicht der
Stimmen erhalten sollte.

Die Verhandlungen haben denn auch that-
sächlich begonnen — und den bisherigen Er-
folgen gemäß ist die momentane Situation die,
daß die Frage der Parität vorläufig zur Seite
gesetzt wurde und nur die beiden letzteren Dis-
ferenzen den Gegenstand der gegenseitigen Aus-
einandersetzung bilden. Sollte über diese beiden
Punkte das Einverständnis erzielt werden, dann
wird das österreichische Ministerium pur et
simple das Princip der Parität acceptiren, mit
dem Vorbehalte jedoch, daß die österreichische
Verfassungspartei den Standpunkt des Ministe-
riums genehmigt.

Die zweifelhafte Natur eines solchen Com-
promisses leuchtet wohl Jedermann ein. Von
der Verfassungspartei ist für die staatsrechtliche
Stellung Ungarns Nichts zu erwarten. Somit
sind die Aussichten auf eine Verständigung trost-
los. Nichtsdestoweniger glauben wir unerschüt-
terlich an das Gelingen des Ausgleiches. Ein
modus vivendi muß eben gefunden werden.

So bedauernswerth auch die Situation
Tisza's sein mag — verdient ist sie jedenfalls.
Die aufgetauchten Schwierigkeiten sind die natür-
lichen Folgen der ursprünglichen Planlosigkeit,
welche den Beginn der Verhandlungen auszeich-
nete. Wir können uns jedoch nicht verjagen,
hier auf jene büßliche Art hinzudeuten, mit wel-
cher von den Parteiorganen Tisza's die geistige
Impotenz der herrschenden Faction bemäntelt
werden wollte. Man versuchte nämlich — ob-
wohl man von dem Gegentheile überzeugt sein
mußte — die Sache so darzustellen, als wenn
Baron Sennyey, der Führer der conservativen
Elemente, die Bildung eines neuen Ministeriums
habe übernehmen wollen, aber auf anti-consti-
tutioneller Grundlage, so daß das Mißlingen
des Vorhabens nur an der Weigerung Sr.
Majestät, als Hüters der Verfassung, gescheitert
wäre. Nur in dieser Weise nämlich war es
möglich, das Fiasco Tisza's auszuweichen, dessen
Wiederberufung dann als eine „Rettung des
Waterlandes“ erscheinen mußte!

Die politische Lauterkeit Baron Sennyey's,
der wahrhafte Patriotismus desselben hat es
nicht noth, gegen ähnliche Insinuationen verthei-
digt zu werden. Immerhin aber dürfte es nicht
schaden, den Segnern in's Gedächtniß zu rufen,
daß es für den selbstbewußten Mann eine Un-
möglichkeit sei, die Verantwortung mit einem

Portefeuille zu übernehmen, welche für jeden
Nachfolger Tisza's aus der bodenlosen politi-
schen Depravation erwächst, die eben unter
Tisza's Regime gesäet wurde. Einem character-
vollen Staatsmanne also blieb nichts übrig, als,
wenn nicht unbedingt die Mission, so gewiß die
Grundlage abzulehnen, welche zur Fortsetzung
des Werkes Herrn v. Tisza's gegeben wäre.
Doch hieraus Attentatsgelüste gegen die Verfas-
sung des Landes kann nur der böse Wille fol-
gern, dem es in erster Linie um die Bewahrung
seiner Saat zu thun ist.

Baron Sennyey also hat abgelehnt in
richtiger Würdigung der Lage — die er unter
keiner Bedingung vertreten könnte. Seine mehr
consultative Berufung mußte ein Ende nehmen,
sobald er diese Verantwortung ablehnte. Tisza
wird die Früchte seiner Ueberhebung genießen —
dies kann vorläufig nicht anders sein! — Im
Uebrigen kommt Zeit, kommt Rath!

Die Verhandlungen in Wien dürften eine
kurze Unterbrechung erleiden, da die ungarischen
Minister nach Budapest zurückkehren, um lau-
fende Angelegenheiten zu erledigen.

Ungarn wird sich officiell an der Welt-
ausstellung in Paris im Jahre 1878 betheiligen.

Oesterreich. Das Abgeordnetenhaus des
Reichsrathes hat gegen den Antrag des Bud-
get-Ausschusses das Minoritätsvotum angenom-
men, die officielle Betheiligung an der Ausstel-
lung in Paris mit 175 Stimmen gegen 37
beschlossen und die Einstellung von 600,000 fl.
bewilligt. Es hat dieses Abstimmungsergebnis
einen entschiedenen politischen Hinter-
grund. Preußen-Deutschland ist die einzige
Macht, die sich die Enthaltung auferlegte, ohne
die Abneigung gegen Frankreich und den Neid
um dessen wirtschaftliches Aufblühen hinter
schlecht gewählten Vorwänden verbergen zu kö-
nnen. Im österreichischen Reichsrathe versuchte die
preußische Partei den Bismarck'schen Vorwänden
Geltung zu verschaffen und Oesterreich von der
Bescheidung der Ausstellung abzuhalten. Es wäre
Bismarck gewiß sehr gelegen gewesen, einen Bun-
desgenossen zu finden, der ihm zu Liebe Frank-
reich ohne Grund gekränkt haben würde. Auch
wäre es der Schein von Rechtfertigung seiner
Gründe gewesen, den Oesterreich auf Kosten sei-
ner freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich
geliefert hätte.

Im Uebrigen ist diese Woche auch in die-
ser Reichshälfte mit der Bankkrisis ausgefüllt.
— Die Neuwahlen für den Tiroler Landtag sind
das einzige verzeichnenswerthe politische Ereigniß.

England. Dem Parlamente wurden die
Blaubücher von der Regierung vorgelegt.
Diesmal bilden sie umfangreiche Sammlungen
von Documenten, welche für die allerneueste
Geschichte der orientalischen Frage recht werth-
volle Aufschlüsse geben. Das erste der beiden
Blaubücher behandelt die Türkei, umfaßt 757
Seiten, ein Register von 40 Seiten und etwa
1000 Schriftstücke. Es beginnt mit einer De-
pesche von Sir A. Buchanan an Lord Derby,
datirt Gastein, 28. Juni 1876. Es wird darin
mitgetheilt, daß Graf Andrassy sich dem Ge-
danken der Autonomie widersetzt. Das Blau-
buch schließt mit einer Depesche von Sir H.
Elliot aus Konstantinopel vom 25. Nov. 1876.
Darin sieht es der Sultan mit Mißfallen, daß
das Verzeichniß des Unterstützungsausschusses

für Bosnien und die Herzegowina nur mohamedanische Namen enthalte, und läßt dem Großvezier melden, es müßten sich zwei Christen in der Commission befinden. Das zweite Blaubuch enthält 380 Seiten und beginnt mit Lord Derby's Anweisungen an Salisbury, vom 20. November 1876. Es sind alle die Conferenzen betreffenden Briefe nebst den Protokollen zusammengestellt. Salisbury's Verhalten auf der Conferenz wird vollständig von der Königin und den Ministern gutgeheißen.

Die orientalische Frage steht im englischen Parlamente im Vordergrund. Interpellation folgt auf Interpellation, denn das Blaubuch gibt trotz des weiten Umfangs keine genügende Aufklärung. So verlangte Granville den Inhalt der Depeschen Salisbury's über dessen Unterredung mit Bismarck und Decazes zu kennen. Derby war jedoch auf so viel Mittheilbarkeit nicht eingerichtet, er erklärte diese Depeschen nicht vorlegen zu können, weil dieselben „confidentieller Natur“ sind.

Italien. Die Radicals der italienischen Kammer beabsichtigten ein neues — ihrer ganz und gar würdiges — „Nationalfest“ zu arrangiren, die Feier des „Mailänder“ Aufstandes von 1853. Der König soll, insbesondere durch den peinlichen Eindruck, den die Idee im ganzen diplomatischen Corps erzeugte, stugig gemacht, persönlich sehr energisch dazwischen getreten sein, um die Anregung zu hintertreiben. Schade! Es stünde der Dame „Italia“ so gar schön, die Andenken des Momentes festlich zu begehen, in welchem wehrlose österreichische Soldaten vor dem Altar Gottes menschlins niedergestochen wurden.

Es wird die Nachricht von liberaler Seite verbreitet: das allgemeine, am 20. October 1870 auf unbestimmte Zeit vertagte Concil werde wieder zusammentreten. Für die Grundlosigkeit dieser Nachricht kann nichts schlagender angeführt werden, als daß die Gesangennehmung des h. Vaters, die den Anlaß zur Vertagung bot, noch immer fort dauert, und daß das Concil unter einer Fremdherrschaft in Rom nicht zusammentreten kann.

In dieselbe Rubrik der Erfindungen gehört auch, daß der heilige Stuhl mit der Türkei ein Concordat abzuschließen gedenke.

Spanien. Durch ein königliches Decret wurde der Senat aufgelöst und die Vornahme der Neuwahlen für den 5. April festgesetzt.

Rußland rüftet mit dem Aufgebot aller seiner Kräfte und es wird nicht mehr bezweifelt, daß es in der orientalischen Frage allein vorgehen wird, wenn es dem jüngsten Rundschreiben Gortschakoff's auch nicht gelungen wäre, die Mächte zu einer bestimmten und in vorhin ein markirten Stellungnahme zu veranlassen. Die Mächte ließen dieses Schreiben bis jetzt unbeantwortet — was in Petersburg eine Verstimmung hervorgerufen haben soll, — aber ohne einzuschütern. Man wird den Degen unter keiner Bedingung in die Scheide stecken, — die Kriegspartei hat die entschiedene Oberhand und drängt zur Action. Die orientalische Frage also befindet sich in dem Stadium der gewitterschwülen Ruhe.

Türkei. Der Sturz Midhat Pascha's wird von der „Pol. Corr.“ auf ein persönliches Zerwürfniß mit dem Sultan als eigentliche Ursache zurückgeführt. Letzterer soll verfassungswidrig die Staatskasse mit einer halben Million türk. Livres in Anspruch genommen haben. Midhat verlangte die Absetzung des Finanzministers; der Sultan gewährte sie gezwungen, rächte sich aber schon wenige Tage später damit, daß er die Ernennung christlicher Gouverneure verweigerte. Midhat verließ den Palast. Tags darauf spielte er den Kranken. Wiederholten Befehlen, nach Dolmabagdsche zu kommen, setzte er das Vorgeben seines Unwohlseins entgegen. Natürlich zog ihm sein Ungehorsam den Zorn des Padi-schah zu. Die Feinde Midhat's benützten den Anlaß, um ihn vollständig aus der Gunst des Sultans zu verdrängen. Dies war der Augenblick, in welchem Mahmud Pascha, der Schwager des Sultans, Kriegsminister Redif Pascha, Polizeiminister Omer Fawzi Pascha und Genossen das famose Complot erdachten, welches den

Sturz und die Verbannung Midhat Pascha's beschleunigte.

Ueber die momentane Situation in Konstantinopel gibt eine Depesche der „Times“ Aufschluß. Die Alttürken beherrschen den Sultan vollständig, und es ist kein Zweifel, daß die Constitution zwar nicht aufgehoben, aber in derselben Weise ausgeführt werden wird, wie alle früheren Hats und Grades. Ehemalig dürfte nur 1 oder 2 Wochen Großvezier bleiben und dann Mahmud Damad Platz machen. Das „Palais“ ist wieder allmächtig. „Nous sommes en complete réaction“ und ohne englische oder andere fremde Intervention ist die Türkei verloren.

Amerika. Der aus Anlaß der Präsidenten-Wahlen ausgebrochene Parteikampf in den Vereinigten Staaten hat noch immer kein Ende erreicht. Die zur Schlichtung desselben eingesetzte fünfzehner-Commission hatte beschlossen, daß die Wahlstimmen der Republik „Florida“ als für den Präsidentschafts-Candidaten Hayes abgegeben zu betrachten sind. Das Repräsentantenhaus jedoch verwarf diesen Beschluß, der indessen erst dann außer Kraft gesetzt sein wird, wenn auch der Senat das gleiche Votum bringt.

Zur Krisis II.

Am 14. Februar 1877.

Alles, was der schwarze Pessimismus von dem Gange der österreichisch-ungarischen Ausgleichs-Conferenz befürchten konnte, ist von dem, was heute Thatsache ist, übertroffen worden.

Die Krisis ist eingetreten, und wie wir es ahnten, ist zunächst Ungarn von ihr betroffen. Man täusche sich aber über ihren Charakter nicht. Es ist nicht etwa ein parlamentarisches Scharmügel, das mit einem einfachen Decorationswechsel abgethan ist. Auch beschränkt sich ihre Wirkung nicht auf das Land, auf welches sie sich entladen hat. Nein, wir haben es mit nicht mehr und nicht weniger, als mit einer **Reichskrisis** zu thun.

Durch die Lage, welche diese Krisis herbeigeführt hat, kann Alles in Frage gestellt werden. Von dem Ausgange derselben hängt es ab, ob das Werk der Pragmatischen Sanction fortbestehen könne, oder mindestens, ob der moderne Parlamentarismus, — um den nicht schade wäre, — besser gesagt, ob der Constitutionalismus in Oesterreich-Ungarn möglich sei?

Haben dies jene österreichischen Factoren, die in muthwilliger oder gewissenloser Weise die Sache so auf die Spitze trieben, wohl überlegt? Werden sie ihre Unwissenheit durch den gewohnten Ausruf: „Wer hätte das geglaubt!“ oder ihre offenbaren Umwälzungsgeüste durch weitere Halsstarrigkeit zu erkennen geben?

Auch beim Ausbruch der unansehnlichen Unruhen in der Herzegowina wußten es nur wenig Eingeweihte, daß sich aus denselben die welterstürmende orientalische Frage entpuppen wird, und ebenso ergeht es uns mit dem leidigen Bankconflict, bei welchem sogar ein kleiner Ignatieff mitspielt. Auch dieser für die Augenwelt und für die unwissende Menge unansehnliche Conflict lief in einen Bruch aus, der die Monarchie zu erschüttern droht. Und zweifels-ohne haben auch da Eingeweihte gewußt, daß dieses Feld auserkoren ist, um unter dem Vorwande technischer und ökonomischer Rücksichten, den Anschlag wider die staatsrechtliche Integrität Ungarns auszuführen.

Darin liegt eben die politische Sünde, welche das Ministerium Tisza beging, daß es den Bankconflict zu solcher Größe und Tragweite heranreifen ließ; ja daß es dessen wegen seine letzte Karte ausspielte, und das Ueberkommen mit der Nationalbank zu einer Existenzfrage für sich und für das unantastbare politische Recht Ungarns erhob.

Rekrimationen sind wahrlich nicht an der Zeit, und am wenigsten möchte man sie wider Männer richten, denen man das Zeugniß geben muß, daß sie, in der richtigen Auffassung des Patriotismus, für den Bestand des Gesamtreiches die besten und loyalsten Gesinnungen kundgegeben, und als unglückliche Generale, die in einen Hinterhalt gerathen sind, sich bis zum letzten Manne tapfer gehalten haben.

Allein der strategische Fehler, den sie begingen, ist so folgenschwer, und dessen Beurtheilung zum Verständniß der Lage so nothwendig, daß man ihn nicht außer Acht lassen kann.

Es ist in der That unbegreiflich, wie die Fusionsminister, nachdem sie von der Ohnmacht und Unverläßlichkeit der österreichischen Regierung, so wie von der Unwillfährigkeit der Nationalbank sich sattjam überzeugt hatten, angesichts dieser bösen Symptome dennoch ihren ursprünglichen Feldzugsplan beibehalten und das Schicksal des politischen Ausgleiches, — dieses rein staatsrechtlichen Processes, — von der Lösung der Bankfrage abhängig machen konnten.

Durften sie denn einen Augenblick daran zweifeln, daß sie dadurch den Kampf auf ein Feld verlegten, auf welchem sie waffenlos dem in voller Rüstung sie erwartenden Gegner begegnen? Müßten sie es nicht voraussehen, daß die Nationalbank im Einverständnis mit dem Reichsrath beherrschenden Clique, den Finanziers, über die Ansprüche Ungarns mit Heißhunger herfallen werde, um dem Lande den schlecht verhehlten Groll und das erdrückende materielle Uebergewicht dieser Mächte fühlen zu lassen? Und war es ihnen nicht einleuchtend, daß in diesem ungleichen und undankbaren Kampfe, — unter allerlei Vorwänden, — der eigentliche Schlag wider den politischen Dualismus und die rechtmäßige Parität geführt werden will, und daß sie diese geheiligten Rechte Ungarns vor ein Forum schleppen, wo sie nur Entweihung erfahren können?

Konnte und durfte das auf sein eigenes prestige und auf die Ehre des Landes so eifersüchtige Fusionsministerium sich und das Land der Schmach aussetzen, daß die Würfel, die über die wichtigsten Interessen des Gesamtreiches und über die gerechtesten Ansprüche Ungarns, ja über das „Sein oder Nichtsein“ des Ministeriums und des Parlamentes zu entscheiden haben, den Vertretern der Krone Ungarns von der übermächtigen Nationalbank gleichsam in das Gesicht geschleudert worden sind?

Heute gehört diese unerhörte Thatsache der Geschichte an, in welcher sie einen Flecken bildet; sie hat also mehr als die Bedeutung einer Schlappe, die das Ministerium erlitt, — in Wahrheit ist sie eine Schmach für das ganze Land. Hiemit ist aber auch die Ehre des Landes engagirt, und es erwuchs die Pflicht für das Ministerium, nicht nur seine eigene Stellung oder seine Empfindlichkeit, sondern vor Allem das zu beachten, was dem Lande als Genugthuung gebührt, womit die Scharte, die dessen Ehre erlitt, ausgewetzt werden muß.

Wir setzen es auch von dem Ministerium Tisza, dessen patriotisches Ehrgefühl außer Zweifel steht, voraus, daß es — im Bewußtsein der schweren Folgen seiner selbstverschuldeten Niederlage, und im Bewußtsein dessen, daß es für jetzt allein auf eine starke, regierungsfähige Partei sich stützt, folglich allein im Stande ist, dem zu entsprechen, was für die Genugthuung des Landes, sowie für die Wiedereinnahme einer festen und respectablen Position wider alle feindlichen Aspirationen unabweislich geboten ist, — aus diesen Gründen vor seinem Rückzuge Alles geltend gemacht haben wird, um die zur Sanirung des verhängnißvollen Zustandes nöthige Ermächtigung zu erhalten, wie dies auch in der kurzen Rede Tisza's, mit welcher er das Unterhaus von der eingebrachten und angenommenen Demission in Kenntniß gesetzt hat, angedeutet wurde.

Nachdem aber trotzdem die Ministerkrisis eingetreten ist, hat die Spannung über das, was da kommen wird, den höchsten Grad erreicht; denn Niemand kann es glauben, daß die Lage, welche Unverstand und böser Wille geschaffen haben, durch den Rücktritt des Ministeriums Tisza geklärt oder gebessert werden könne, vielmehr erscheint die Befürchtung, daß der peinliche Zustand durch diese Thatsache einen akuten Character erhält, ganz begründet.

In der That ist es nicht abzusehen, was ein einfacher Ministerwechsel hier frommen könnte; denn die letzten Ereignisse haben den Schleier gelüftet, der das feindliche Complot

wider Ungarn für Jene, die nicht sehen oder nicht sehen wollen, verdeckt hatte. Es ist constatirt, daß die Führer des österreichischen Parlaments, — welches noch dazu nur einen Bruchtheil der im Reichsrathe vertretenen Völker repräsentirt, — es auf die staatsrechtliche Selbstständigkeit Ungarns abgesehen haben und die ungünstige materielle Lage des Landes zu diesem Rechtsbruch benützen wollen. Ebenso ist es constatirt, daß die Nationalbank mit dieser Clique Hand in Hand geht, und daß die österreichische Regierung nur als die Marionette der sogen. Verfassungspartei zu betrachten ist. Mithin ist die Aussicht auf eine Einigung mit diesen Elementen, die jeden, wie immer gerechten Anspruch Ungarns aus Grundsatz ablehnen und darauf rechnen, daß Ungarn mürbe werden wird, auf Null herabgefunken. Andererseits ist das zurückgetretene ungarische Ministerium, sowohl im Ausgleich, als auch in der Bankfrage, bereits bis an die äußerste Grenze der möglichen Zugeständnisse gegangen, und mußte — von der wortbrüchigen österreichischen Regierung im Stich gelassen — die Segel vor dem Widerstand der Nationalbank streichen, während doch der Gegenstand dieses letzten Kampfes — wenn alle Stricke reißen — noch eine andere Lösung zuließe.

Es bedarf daher nicht vieler Worte darüber, wie sehr die mächtige Fusionspartei Ungarns über das Schicksal des von ihr gestützten Ministeriums verlegt und erregt ist; ferner wie lebhaft das Gefühl der Vergewaltigung, welche Ungarn bedroht, auch jene Elemente ergriffen hat, die der Fusionspartei nicht angehören, so zwar, daß über die erlittenen Schmach und die bestehende Gefahr Einstimmigkeit im Lande herrscht und eine weitere Annäherung von dieser Seite, im Sinne der österreichischen Absorbtionstendenzen, sich nicht träumen läßt. Unter solchen Umständen ist jeder Staatsmann zu bedauern, der von der Krone zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen wird; denn für Männer von erprobter Treue und von warmem Patriotismus ist es immer peinlich, eine solche Mission gerade in bedenklicher Zeit ablehnen zu müssen. Und Anderes ist eben von der tiefen Einsicht und Gewissenhaftigkeit eines Majláth oder Sennyey nicht zu erwarten, weil, abgesehen von dem gewiß schwerwiegenden Umstande, daß sie nicht wie Tísa über eine starke Partei verfügen, diese verdienstvollen Staatsmänner gewiß die letzten sind, die von den geheiligten Rechten des Landes irgend etwas vergeben oder die Zugeständnisse der abgetretenen Regierung auch nur um ein Haar überschreiten würden. Vielmehr ist es eine Frage, ob sie die Verantwortung für Letztere übernehmen wollten? Mithin würde ein Ministerium Majláth oder Sennyey in principieller Hinsicht und bezüglich auf Ungarn die Lage nicht verändern, und daselbe könnte in Ungarn grundsätzlich nichts zur Schlichtung des Zerwürfnisses beitragen.

Blicken wir aber nach Oesterreich, so sehen wir aus der Aufregung, die da eingetreten ist, und aus dem Wehgeschrei der meisten Zeitungsblätter Wiens, daß schon die Berufung der conservativen Staatsmänner genügt hat, um die sog. liberalen Kreise in Nervenzuckungen zu versetzen, und daß nur von dem verzweifeltsten Widerstande die Rede ist, der ihnen entgegengestellt werden soll. Es heißt sogar, daß das par excellence liberale und loyale österreichische Ministerium über die schreckliche Eventualität eines Ministeriums Sennyey Berathung gepflogen und beschlossen habe, manche ihrer schon gemachten Zugeständnisse in dem gefürchteten Falle zurückzuziehen, was wohl die Objectivität des Vorgehens dieser Staatsmänner glänzend beweisen würde.

Es ist nicht der Mühe werth, über diesen blödsinnigen Antagonismus auch nur ein Wort zu verlieren, und ebensowenig Gewicht kann man auf die Sympathie legen, die, im Gegensatz mit jenem Antagonismus, nun plötzlich für Tísa und die liberale Partei Ungarns zur Schau getragen wird. Allein diese krankhaften Symptome führen doch zu der Frage: was nach der rückichtslosen mala fides, die das angeblich homogene ungarische Ministerium von den liberalen Freunden Oesterreichs erfahren hat, eine

conservative und schon deshalb heterogene ungar. Regierung zu erwarten hätte, über die die hochweise öffentliche Meinung, ehe diese Regierung noch entstanden ist und ohne zu wissen warum, schon den Stab bricht.

Man kann daher als gewiß annehmen, daß die Krisis durch die conservativen Staatsmänner — die übrigens noch andere Gründe haben können, um die Verlassenschaft Tísa's nicht einmal cum beneficio inventarii anzunehmen — nicht gehoben werden kann. Ja, man darf es ohne Uebertreibung aussprechen, daß die Krisis einzig und allein durch einen Ministerwechsel nicht zu heben ist, denn der Sitz der Krankheit ist im Kreise der politischen Faktoren Oesterreichs, mithin entzieht sie sich der Heilkraft der ungarischen Regierung, möge sie wie immer zusammengestellt werden.

Einer Opposition gegenüber, die auf die Schmälernng der staatsrechtlichen Berechtigung Ungarns ausgeht und deshalb jeden Anspruch systematisch verweigert, vermag keine, welchen Namen immer führende ungarische Regierung einen billigen Ausgleich zu erwirken, und einen anderen wird kein ungarisches Parlament annehmen. Es wäre daher das Ende der Zerwürfnisse nicht abzusehen, zum offenbaren Schaden der beiderseitigen Interessen und, was noch mehr ist, zur fortwährenden Steigerung des gegenseitigen Mißtrauens, um nicht zu sagen der Erbitterung.

Ist es also wirklich an dem, daß das österreichische Parlament, trotz seiner Halsstarrigkeit und seiner, den inneren Frieden erschütternden, wahrhaft reichsgefährlichen Richtung, — sowie auch daß die gegenwärtige österreichische Regierung, trotz ihrer Nullität, als ein noli tangere betrachtet werden, an deren Auflösung und Abdankung nicht gedacht werden darf, — dann gibt es nur Ein Mittel des Heils, damit die zwei Theile der Monarchie in Frieden und in ihrer rechtmäßigen Stellung neben einander bestehen können, und damit die beiderseitigen Interessen vor dem Schaden bewahrt werden, den ihnen das offene Zerwürfnis oder der unentschiedene Zustand ihrer Wechselbeziehungen bringen müssen. Und dieses Mittel besteht darin, daß die unfruchtbare und in Wirklichkeit unheilvolle Verhandlung über die Errichtung einer gemeinsamen österreichisch-ungarischen Zettelbank common avenus fallen gelassen und der neuzubildenden ungarischen Regierung von der Krone die Ermächtigung erteilt werde, für die Errichtung einer selbstständigen ungarischen Zettelbank vorzuzukehren, und wenn dies geschehen ist, den Gesetzentwurf hierüber bei dem ungarischen Parlament einzubringen.

Durch eine solche Ermächtigung würde die ökonomische Parität der beiden Theile der Monarchie außer Zweifel gestellt werden, und damit wäre der Anlaß des unabsehbaren Zerwürfnisses für jetzt und der zahllosen Differenzen gehoben, die künftig um so sicherer entstehen würden, je weniger nach den gemachten Erfahrungen auf die Aufrichtigkeit der Eintracht und des Zusammenlebens zu rechnen ist, wenn die gemeinsame Zettelbank durch ein erzwungenes Compromiß wirklich noch zu Stande kommen sollte. Nebenbei würde sowohl die ungarische Regierung als auch das Parlament sich mit dem eigentlichen Ausgleich, frei von jeglicher PreSSION, befassen und diesen ehestens zum Abschluß bringen können.

Mit einer solchen Ermächtigung wäre auch ein abermaliges Ministerium Tísa, und dieses mehr als jedes andere, im Stande, die leidige und verhängnißvolle Controverse zu beendigen. Ohne diese Ermächtigung aber ist dem jetzt tagenden österreichischen Parlamente gegenüber die Abhilfe auf der Basis der durch die Gesetze geheiligten Rechte der beiden Theile der Monarchie unmöglich.

Niemand wundere sich, daß wir heute als Mittel des Heils betrachten, was wir vor acht Tagen als Gespenst bezeichnet haben. Es geschieht auch nicht aus besonderer Vorliebe für das Mittel, dessen große Schwierigkeit wir nicht verkennen, und das von einem Laien in dem hochernsten Bankwesen nur auf Grund des Vertrauens kompetenter Sachmänner, und da auch nur als ein kleineres Uebel, angeregt wer-

den kann, Angesichts der höchst bedenklichen Lage, in welcher die Monarchie sich befindet, und in Anbetracht der unheilvollen Wirren, die diese Lage — wenn sie nicht rasch gebessert wird — nach sich ziehen muß. Wir sind eben bemüht, die Logik der Thatsachen, die uns gewaltsam aufgedrungen wird, nun zu unserem Schutz zu adoptiren, nach dem Sprichwort: „Noth bricht Eisen.“

Gr. G. A.

Die Freiheit des Unterrichtes.

I.

„Die Freiheit des Unterrichtes ist eine Forderung der Vernunft, der Gerechtigkeit und des Gewissens“ — so spricht der Titel des 10/12. Hefes der „katholischen Studien“, *) der alles Das enthält, was gerade vom Standpunkte der Gegner der katholischen Unterrichtsfreiheit für dieselbe gilt; denn ihnen ist die Vernunft die höchste Autorität, sie werden also gezwungen, dasjenige anzunehmen, was sich der Billigung der Vernunft erfreut.

Unter den vielen brennenden Fragen dürfte keine derselben, wie sich die bezogene Zeitschrift ausdrückt, von solcher Wichtigkeit und in den Folgen ihrer Lösung von solch' ungeheurer Tragweite sein, als die Frage über die Freiheit des Unterrichtes; hängt doch von der Lösung dieser Frage nicht bloß das zeitliche, sondern selbst das ewige Wohl und Wehe von Millionen und Millionen ab. Es stehen sich in dem Kampfe um die Schule zwei Großmächte einander gegenüber: der moderne Staat mit seinem sich angeeigneten Unterrichtsmonopol, das er vor noch nicht einem Jahrhundert aus der Hand der Revolution empfangen, — und die katholische Kirche, mit dem ihr von Gott verliehenen Rechte, auf die Erziehung des Menschengeschlechtes, somit auf die Schule, in der die Erziehung auf Grund des aus der Familie geholten ersten Grundes bis zum reiferen Alter, ja bis zur Schwelle, die in das volle Leben führt, geleitet wird.

Der Kampf zwischen Kirche und Staat in Bezug auf die Schule wird auch in unserer Vaterlande gefochten, — vielleicht nicht in jener ausgeprägten Form, wie sie andere Länder, namentlich Deutschland und Frankreich, beherrscht, aber nicht minder bedeutungsvoll. — Nachdem auch wir in die Reihe der modernen Culturstaaten als selbstständiges Gebilde eingetreten waren, bemächtigte sich der ungarische Staat der Unterrichtsfrage mit derselben monopolisirenden Bestrebung, wie sie in anderen Staaten ihre Pflanzstätte feiert. Die Schule, als im Interessentreise des Staates gelegen, damit er die Jugend nach seiner Façon erziehen könne, wurde für confessionlos erklärt. Damit jedoch auch einem gewissen idealen Freiheitzuge Rechnung getragen werde, hat man der confessionellen neben der confessionlosen Schule einen geduldeten Platz eingeräumt, bis vor Kurzem mit dem Gesetze über die Schulinspectoren die Confession aus der coordinirten Stellung in die subordinirte eingeführt, und so dem Staate angesichts der geduldeten Freiheit des Unterrichtes vorläufig das Uebergewicht eingeräumt wurde, bis ein günstigerer Zeitpunkt die volle Unterwerfung für opportun erscheinen lassen wird.

Wenn auch nun die Zeitverhältnisse die Unterrichtsfrage für Ungarn nicht derart zu zeitigen vermochten, um sie in demselben Maße, wie in andern Ländern, eine brennende nennen zu können, so ist sie doch auch für uns nicht minder wichtig, ja mit Rücksicht auf das Stadium der Entwicklung selbst brennend. Diese Erkenntniß leitet uns, indem wir angesichts gewisser so populär gewordenen und selbst in die competenten Kreise eingedrungenen Grundsätze über das sog. Schulmonopol des Staates diesem Gegenstande unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Meisten — sagt Farke — gehen davon aus, daß es die erste Pflicht der Regierung sei, Unterricht und Bildung zu verbreiten, eine Ansicht, welche am meisten dazu

*) Würzburg 1876. Leo Weerl'sche Buch- und druckverlagsbuchhandlung.

beigetragen hat, die einfache Wahrheit zu verdunkeln: daß die Gerechtigkeit die erste und einzige Rechtspflicht aller Inhaber irdischer Herrschaft ist, während alle übrigen zum Nutzen, zur Bequemlichkeit oder zur Verschönerung des Lebens dienenden Anstalten und Vorkehrungen Sache jedes Einzelnen oder der freien Vereinigung der Menschen sind, deren sich die Obrigkeit aus Liebe und gutem Willen auch annehmen kann, welche aber mit ihrer ursprünglichen und obersten Pflicht: des Schutzes aller ihrer Gut befohlenen Rechte, nicht nothwendig zusammenhängt." Die Aufgabe der Ordnung und der Gerechtigkeit also ist die nächste Aufgabe des Staates. Allein damit begnügt sich der moderne Staat nicht mehr. Diese Rechtssphäre ist ihm zu enge geworden; auch auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung will er — mit Ausschluß der Kirche — unbedingte Herrschaft üben. Es fragt sich also im Allgemeinen: hat der Staat den Beruf und die Pflicht, zu erziehen, wenn man darunter die Ausbildung des Verstandes und des Herzens begriff, also die Erziehung im eigentlichen Sinne des Wortes? Die Antwort ist auf diese Frage ein entschiedenes „Nein“!

Der Staat als solcher, ohne Beziehung auf eine höhere Autorität, besitzt keine Macht, ebensowenig als einen Willen, und die Menschen, die den Staat oder seine Regierung bilden, können auch keine höhere Macht aus sich selbst heraus über sich erheben. Richtig bemerkt also der Amerikaner, Dr. J. C. Ford, ein Presbyterianer und Prediger in Buffalo: „Was ich besonders gegen die Staatsschulen einzuwenden habe, ist, daß sie keinen religiösen Unterricht erteilen können. Und nach meiner Ansicht soll aller Unterricht ein religiöser sein. Gott hat das Werk der Erziehung nicht den Regierungen anvertraut. Die weltliche Behörde hat andere Pflichten zu erfüllen; sie hat keinen göttlichen Auftrag, zu lehren und die Erziehung zu überwachen. Das ist nicht eine Sache, die sich durch Wahlzettel abmachen läßt. Wo Kirche und Staat Hand in Hand gehen, mag erstere vom Staat einigen Nutzen haben und ihm erlauben, ihre Angelegenheiten zu besorgen. In diesem Lande jedoch sind Kirche und Staat getrennt. Was hat der Staat für ein Recht, mein Kind zu erziehen? Der Staat mag Recht sprechen, Kanäle und Eisenbahnen bauen, Banken (natürlich nicht in jetzt gebräuchlicher Form) incorporieren und bürgerliche Ämter verwalten; aber er hat kein Recht, ein Staatsschulensystem einzuführen, welches thatsächlich die große Mehrheit des Volkes zwingt, ihre Kinder daselbst erziehen zu lassen, wenn sie ihnen überhaupt eine Erziehung geben wollen. Ich will meine Kinder erzogen haben nach dem Willen des Herrn, und nicht nach dem Willen des Staates. So halten es die Christen überhaupt, wo man die Wahrheit kennt. Dem aber legt der Staat durch seine Besteuerung und seine großen öffentlichen Anstalten Hindernisse in den Weg.“

Durch alle Jahrtausende der Weltgeschichte bis auf die Zeit und zwar bis auf die schrecklichste Periode der französischen Revolution gab es, mit Ausnahme des kleinen Sparta in Griechenland, und des vereinzelt dastehenden Falles unter Kaiser Julian dem Abtrünnigen, keinen Staat, weder civilisirten, noch uncivilisirten, welcher sich den Beruf und die Pflicht, beziehungsweise das Recht der Erziehung zugeschrieben hätte.

Vernünftigerweise ließe sich das Recht der Erziehung nur ableiten aus einem positiven Auftrage oder aus dem Wesen des Staates. Ersterer existirt nicht, und von dem Letzteren gilt, was der heidnische Philosoph Aristoteles sagt: „Nicht Alles, was dem Staate nothwendig ist, ist auch Sache des Staates.“ Handel und Industrie sind dem Staate gewiß nothwendig, ohne daß er deswegen ein Recht hätte, wie er sich in Betreff des Unterrichtes herausnimmt, zu bestimmen, zu welchem Meister der Vater seinen Sohn zu schicken habe; welche Werkzeuge der Meister dem Lehrlingen in die Hände geben dürfe; wie viele Stunden dieser täglich auf die Erlernung seines Handwerkes zu verwenden

habe. Der Staat wird sein Interesse am Handel und an der Industrie am besten behütigen durch weise und gerechte Gesetze, sonst aber innerhalb sittlich vernünftiger Schranken die freieste Bewegung gestatten. Der Staat, der an guten Schulen unteugbar das höchste Interesse haben muß, wird dafür sorgen, daß gute Schulen entstehen und fortbestehen; er wird sie unterstützen und zu heben suchen; aber selbst Schulen zu halten, oder die Schulen leiten und vielleicht ausschließlich leiten zu wollen, ist seine Sache nicht. Mit seinen tausend Verordnungen bringt der Staat sich und seine Schule beim Volke und zuletzt sogar bei der Gelehrtenwelt in vollständigen Mißcredit. Unter staatlicher Leitung ist die Schule noch immer zu Grunde gegangen, denn auch sie bedarf zu ihrem Bestande der freien Bewegung innerhalb der von Gott und der Vernunft gezogenen Schranken.

Ist aber der Staat etwa gar „confessionslos“, d. h. will er von Religion nichts wissen, und behandelt er dieselbe als eine Nebensache, oder gar schafft er sich selbst eine Religion nach preussischem Muster, dann verwickelt er an und für sich jedes Recht, selbst den mittelbaren Einfluß auf die Schule. Selbst der protestantische Philosoph Dr. Stahl, der dem Staate „Beruf und Recht, Erziehung und Unterricht zu leiten“, zuerkennt, sagt dennoch: „Wenn die Staatsschule entchristianisirt oder auch nur mit der betreffenden anerkannten Confession in Gegensatz gestellt wird, dann ist ihr Monopol und ihre maßgebende Macht nicht mehr gerechtfertigt, weder in directer Weise bei der Volksschule, noch auch in indirecter Weise bei den Bildungsanstalten für den Staatsdienst. Dann gilt das Recht des Gewissens; man kann keinen Vater zwingen, sein Kind einem seiner Religion feindlichen Einfluß zu übergeben — und gilt nicht minder das Recht der Kirche selbst, den Beruf zur Erziehung, den sie hat, gesondert vom Staate zu verfolgen.“

Dem modernen Staate ohne Gott muß jedes Recht auf Leitung und ganz besonders auf ausschließliche Leitung des Unterrichtes und der Erziehung vom religiösen und politischen Standpunkte aus abgesprochen werden.

Was den religiösen betrifft, so gibt es für den Katholiken keinen Zweifel. Die 45. These des Sylabus v. J. 1854 verdammt folgende Behauptung: „Die Gesamtleitung der öffentlichen Schulen, in denen die Jugend eines christlichen Staates herangebildet wird, kann und muß, einzig die bischöflichen Seminarien in gewisser Beziehung ausgenommen, der Staatsbehörde zugetheilt werden, und zwar in solchem Grade, daß kein Recht einer andern Behörde, welche immer sie sei, zuerkannt werde, sich einzumischen in die Schulzucht, in die Leitung der Studien, in die Verleihung der Grade, in die Auswahl und Genehmigung der Lehrer.“ Wahrlich, wie dieser verworfene Satz, so spricht die im Staatsbrocke einbrechende Revolution, welche, wie die wildeste Demagogie, das Joch ihrer Freiheit den Völkern aufhalsst, die es verdienen, solchen, die mit dem Versprechen von Glaubens- und Gewissensfreiheit sich zufrieden geben, ohne darauf zu dringen, daß dasselbe auch zur Wahrheit werden möge.

Aber auch politisch genommen ist das staatliche Unterrichtsmonopol höchst gefährlich und nicht zu rechtfertigen; denn man kann wohl fragen, ob eine Regierung das Recht haben kann, den Parteienkampf selbst in das Gebiet der Schule zu verlegen. Regierungen und Systeme wechseln im modernen Staate oft mit einer Schnelligkeit, wie Tag und Nacht. Jede Regierung sucht sich zu befestigen und bedient sich der — Schule; denn wenn die Jugend gehört, gehört auch die Zukunft! Sie drückt der Schule, je nach den Verhältnissen, ein monarchisches oder republikanisches, ein conservatives oder revolutionäres, ein religiöses oder irreligiöses Gepräge auf, und ehe noch der Knabe die Volksschule verlassen hat, um seine Studien an höheren Anstalten zu vollenden, ist er von einem Geistesgeschwängert, der die Schule durch das Staatsmonopol zum Tummelplatz politischer Leidenschaften macht, deren Wirkungen im Vereine

mit dem Gotteshaffe jene erschreckliche Tragweite unserer Tage gewinnen! Wo steckt da der Vortheil des Staates?

Betrachten wir nun: wie steht's bei uns in Wirklichkeit, und wo liegt der Schwerpunkt des Berufs, die Menschheit in der Schule zu erziehen?

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Die Angelegenheit der Präsidentenwahl in Nordamerika gewinnt ein immer ernsteres Ansehen. Um uns erklären zu können, wie es möglich ist, daß die drohende Verwicklung überhaupt hat einreißen können, wird es sich empfehlen, einige amerikanische Stimmen vorauszuschicken.

Ein amerikanischer Humorist, Edgard Poë, hat die Lage, in welche sein Land durch das allgemeine Stimmrecht gekommen ist, folgendermaßen gekennzeichnet: „Dreizehn Provinzen vereinigten sich eines Tages, beschloffen, sich frei zu machen und zugleich der übrigen Menschheit ein denkwürdiges Vorbild zu geben. Während einiger Zeit ging Alles recht gut, so daß ihre Ruhmredigkeit alle Grenzen überschritt. In dessen schloß dieser Versuch noch keineswegs die Lösung des Knotens in sich, welche man erwartete hatte, und die 13 Staaten, zu denen noch 15 oder 20 andere hinzukamen, endigten damit, daß sie dem gehässigten und unerträglichsten Despotismus, den man sich nur denken kann, zur Beute wurden. Fragt man, wer der Tyrann ist, der sich so der Herrschaft hat bemächtigen können, so antworte ich, sein Name ist Mob, der Böbel.“

Dieser anonyme Tyrann hat in Wirklichkeit nichts gemein mit dem Volke, und in seiner Natur liegt die unvermeidliche Ursache, weshalb die Wahlen in den vereinigten Staaten von Nordamerika der Freiheit durchaus entbehren.

Die Gesetze über die amerikanische Staatsangehörigkeit sind außerordentlich dunkel, und daher ist das Bürgerrecht, und in Folge dessen das Wählerrecht dies gleichfalls, und fällt nahezu Jedermann zur Beute, der es nur nehmen will. Jeder Bürger der vereinigten Staaten ist ohneweiters Bürger des Staates, in welchem er wohnt, und so auch umgekehrt. Bei dieser Unsicherheit und Verwirrung können Individuen, welche eben erst aus Europa gelandet sind, sich an den Wahlen betheiligen. Die Bedingungen über die Dauer des Aufenthalts sind wenig ernsthaft. Das Gesetz von Illinois z. B. — und die Gesetze vieler anderen Staaten sind nicht strenger — bewilligt das Wahlrecht jedem Bürger der vereinigten Staaten, der ein Jahr im Staate Illinois gewohnt hat und der 24 Tage in dem Bezirke und 30 Tage im Wahlkreise verweilt. Welches Verstandniß für die Sache kann man bei der Wahl erwarten? Welche wirkliche Freiheit bei Wählern, die so zusammengelaufen sind ohne jedes sie innerlich verbindende Band, ohne jedes ihnen gemeinsame, dauernde Interesse? Sie sind verhängnißvoller Weise nichts anderes, wie das willenlose Werkzeug der zwei oder drei großen Parteien, welche sich in das Land theilen.

Jede Partei präsentirt, Dank einer höchst unverständigen Organisation, auch für die kleinsten Ämter, selbst für solche, die der Politik ganz fernstehen, die Candidaten, welche ihnen auf Tod und Leben dienstbar sind. Keine unabhängige Candidatur kann sich im Ernst geltend machen. Der Mißbrauch ist um so ärger, als in einzelnen Staaten sämtliche Wahlen an einem Tage vorgenommen werden: die für die Wähler des Präsidenten, für die der Repräsentanten zum Congreß, des Gouverneurs des Einzelstaates, des Vertreters bei der Legislative, der Municipal-Beamten u. s. w. Jede Partei hat ihre vollständige Liste, ihr „Titel“, und diejenige, welche den Sieg davon trägt, ist absolute Herrscherin in allen officiellen Positionen.

Die „Newyork-Weekly-Times“ sagt sehr richtig in dieser Beziehung: „Das praktische Ergebniß unseres Wahlwesens ist ganz einfach eine unsittliche Parteiherrschaft. Der Wille der herrschenden Partei und nicht der Wille des Volkes controlirt und leitet die wichtigsten Angelegen-

heiten. Diejenigen Theile des Volkes, welche nicht der herrschenden Partei angehören, haben nicht mehr Einfluß auf die Regierung, als wenn sie in Frankreich oder in Arier lebten. Sie sind Fremde, nicht in den Augen des Gesetzes, aber in den Augen der jeweilig herrschenden Partei."

Unter diesen Umständen und da die Gegenfuge zwischen den beiden großen Parteien, der („liberalen“) Republikaner und der (conservativen) Demokraten, sich auf das Aeußere zugespielt haben, ist die derzeitige Gefahr eine sehr große.

Ein Volk von mehr als dreißig Millionen steht mit dem 4. März vor der Gefahr des Bürgerkrieges. Die Republikaner (oder die Regierungspartei) besaßen die ganze volle Macht der Beeinflussung der Wahlen; man muß es daher fast als ein Wunder des Erfolges ansehen, wenn trotzdem die allgemeine Abstimmung noch immer aus vorliegender Zusammenstellung ausfiel: Stimmen für Hayes (Republikaner) sind abgegeben: 4,039,647; für Tilden (Demokrat) 4,204,259; für Cooper 82,926; Smith u. A. 10,138. Es haben überhaupt gestimmt: 8,336,972. Tildens Majorität über alle Gegencandidaten (Hayes, Cooper und Smith) beträgt 71,540; Tildens Majorität über Hayes 164,604.

Von den 22 Nordstaaten stimmten in 18 (Californien, Colorado, Illinois, Iowa, Kansas, Maine, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Nebraska, New-Hampshire, Ohio, Oregon, Pennsylvania, Rhode, Island, Vermont, Wisconsin) 2,080,292 für Hayes, 1,770,174 für Tilden, folglich Majorität für Hayes 310,118.

Die übrigen 4 Nordstaaten (Connecticut, Indiana, New-Jersey und New-York) gaben 860,052 für Hayes und 920,083 für Tilden, folglich Majorität für Tilden 60,031.

In den sämtlichen Nordstaaten erhielt sonach Hayes 2,940,344, Tilden 2,690,257, folglich Majorität für Hayes 250,087.

Von den 16 Süd- und Grenzstaaten gaben 13, nämlich Alabama, Arkansas, Delaware, Georgia, Kentucky, Maryland, Mississippi, Missouri, Nordcarolina, Tennessee, Texas, Virginien, West-Virginien: 1,329,609 für Tilden und 908,449 für Hayes, folglich Tildens Majorität 421,160.

In den übrigen 3 Südstaaten (Florida, Louisiana, Süd-Carolina) stimmten 190,854 für Hayes und 184,385 für Tilden, folglich Majorität für Hayes 6469.

In sämtlichen 16 Süd- und Grenzstaaten stimmten sonach 1,099,303 für Hayes und 1,513,994 für Tilden; mithin Tildens Majorität in den Südstaaten 414,691.

Schlussfolgerung: Die Mehrheit von 164,604 über Hayes und von 71,540 über sämtliche Mitbewerber erhielt Tilden durch das Votum der Farbigen in den Südstaaten. Daß es in diesen Staaten sehr wenig gesetzlich bei den Wahlen zugeht, wird nachgerade allgemein zugegeben.

Hiernach hat Tilden, der Demokrat und Oppositions-Candidat, die Majorität. Allein gegenseitig wirft man sich vor, es hätten Beeinflussungen stattgefunden. Wo aber die eigentliche Macht der Beeinflussung zu finden war, wird jedem Unbefangenen klar sein, wenn an 40,000 Beamte Grants und seiner Genossen um ihre Existenz kämpften. Das höchste Recht dieser Liberalen, das Wahlrecht, hat gesprochen, aber — wenn dessen Entscheidung gegen den Wunsch der Liberalen ausfällt, dann ist es wiederum doch nicht das höchste Recht, dann haben „Beeinflussungen“ stattgefunden, dann sind, wie oben die Darstellung beweist (die wir der „Germania“ aus Milwaukee entnehmen), womöglich die „Schwarzen keine vollgiltigen Wähler“ und Tilden ist nicht der rechte Präsident, weil er mit Hilfe dieser Regier gewählt sein soll, — dieser Regier, um deren „Freiheit und deren Wahlrechtverleihung“ doch einstmals der Bürgerkrieg von 1860 bis 1864 entbrannte! . . .

Um aber kein „parteiisches Urtheil“ anzuführen, wie es in den Südstaaten bei den Wahlen zugegangen, wollen wir eine Stelle aus

der Berliner liberalen „Nationalzeitung“ anführen.

Es heißt dort:

„Bekanntlich fehlte Tilden an der absoluten Mehrheit nur eine Stimme, während Hayes deren noch 22 nöthig hatte. Die Gesamtstimmen der drei noch ausstehenden Staaten Süd-Carolina, Florida und Louisiana beläuft sich auf 22, so daß Hayes, wenn er sie alle erhält, Präsident wird, wogegen Tilden mit nur einer einzigen von diesen 22 Stimmen als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen muß. Natürlich concentrirt sich unter diesen Umständen das allgemeine Interesse des Landes auf die genannten drei Südstaaten, welche politisch unter der Herrschaft der gewissenlosesten „Carpetbaggers“ stehen und unter deren Einfluß selbstredend republikanisch sind; daß man sich von diesen Schnappäcklern der größten Schandthaten versehen kann, hat die Erfahrung der letzten Jahre nur zu schlagend bewiesen. Auch unsere Leser werden sich erinnern, wie vor zwei Jahren der Kampf der Parteien in Louisiana zu offenen Crawlallen nach republikanischem Muster führte, und wie die bürgerlichen Wirren, welche unter dem schrankenlosen, vom damaligen Gouverneur Warrmoth erlassenen Wahlgesetze begünstigt wurden, das traurige Vorspiel für die letzte Präsidentenwahl lieferten. Da nun der jetzige Gouverneur Kellog und seine Freunde sich nur durch einen Sieg Hayes möglicherweise im Amte halten können, so lag ihre Politik für jeden Unbefangenen von Anfang an auf flacher Hand. Wie sehr sie aber selbst unter dem Deckmantel des Gesetzes zu betrügen vermögen, zeigt die eine Bestimmung des angeführten Wahlgesetzes, wonach die Wahlbehörde die Stimmen eines ganzen Bezirkes anscheiden kann, wenn eine Einschüchterung der schwarzen Wähler durch Weiße stattgefunden hat. Der Beweis für die Thatsache wird höchstens durch eine eidliche Aussage (Affidavit) geführt, welche von den des Schreibens unkundigen Regern nur mit einem plumpen Kreuzeszeichen versehen wird. Auf diesen Grund oder vielmehr Vorwand hin warf die Zählungsbehörde von Louisiana ganze Bezirke hinaus und betrachtete ihre Stimmen als ungiltig, weil Schwarze behauptet hatten, sie seien für den Fall, daß sie zur Wahl gehen würden, von den Weißen mit Thätlichkeiten bedroht worden. Also wohl-gemerkt, die Thätlichkeiten hatten überhaupt nicht, geschweige denn in oder vor dem Wahllokal stattgefunden, sie waren nur in Aussicht gestellt worden.“

So lauteten dann am 4. December 1876 die officiellen Angaben der Carpetbagger-Regierungen von Süd-Carolina, Florida und Louisiana ebenso zu Gunsten von Hayes, wie die Gegenbescheinigungen der Demokraten sich ebenso unbedingt für Tilden aussprachen und gleichfalls dem Gesetze entsprechend dem Senatspräsidenten in Washington eingesandt wurden. Dieser soll sie am zweiten Mittwoch im Februar, also am 14. zählen und den Kandidaten, welcher die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat, zum Präsidenten für gewählt erklären. Da nun der jetzige Senatspräsident ein Republikaner ist, so fürchten die Demokraten, daß er nur die republikanischen Wahl-Certificates prüfen und Hayes als Präsidenten proclamiren würde; sie helfen sich also mit ihren Wahlbescheinigungen.

Mit dem eingesetzten Gerichtshof ist es nun noch eine eigene Sache. Wir meinen, sagt die „D. R. Z.“: wenn die schlauen Yankee's des Nordens, diese Gründer und Gründergenossen, welche die Union an den Rand des Abgrundes gebracht haben, nicht schon im Voraus wüßten, daß solcher Gerichtshof ihnen und ihren Candidaten Hayes günstig gestimmt wäre, so hätten sie ihn gar nicht acceptirt.

Es ist das nur eine Fortsetzung all' der vielfältigen Listen und Intriguen, die sie bisher angezettelt haben, um sich selbst den Sitz im Regiment zu erhalten. Gutwillig gehen sie nicht, so steht der Bürgerkrieg doch in Aussicht.

Bermischte Nachrichten.

* (Es lebe Pius IX.!) Unter diesem Titel ist, mit Approbation des hochw. Erzbischofs von Turin, in der rühmlichst bekannten internationalen katholischen Buchhandlung des Herrn L. Romano in Turin (Cde Via Lagrange und San Filippo) ein sehr hübsch ausgestattetes kleines Büchlein erschienen, in welchem sämtliche, auf das Leben und die ruhmreiche Wirksamkeit des hl. Vaters bezüglichen Daten verzeichnet sind. Das Büchlein eignet sich sehr zur Massenverbreitung, denn 1 Exemplar kostet nur 20 Centimes, 12 Ex. 2 Francs, 100 Ex. 15 Francs, 1000 Ex. 120 Francs.

* (Dem hochw. Fürsterzbischof Dr. Rutschker von Wien) wurde zufolge eines Handschreibens Sr. Majestät die Würde eines Prälaten vom Leopolds-Orden verliehen, und wird derselbe, wie aus Rom gemeldet wird, im nächsten Consistorium gleichzeitig mit dem hochw. Erzbischof von Salzburg vom hl. Vater zum Cardinal ernannt werden.

* (Cardinal Ledochowski) ist am 9. d. vom preussischen Gerichtshof zu Inowracław wegen Uebertretung der Majestät, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Majestätsbeleidigung zu 2 1/2-jährigem Gefängniß und 300 Mark Geldbuße, eventuell dreimonatlichem Gefängniß verurtheilt worden, — natürlich „in contumaciam“, da dieser standhafte Verfechter der kirchlichen Rechte auch von Rom aus seine Erzdiocese zu leiten versteht.

* (Don Carlos,) der legitime, aber expatriirte König von Spanien, ist gegenwärtig im russischen Hauptquartier zu Rischenew, wo er vor einigen Tagen über einen Theil der Truppen, die in Parade ausrückten, eine Revue abnahm. Er befand sich zu Pferde an der Seite des wieder-geneigten Großfürsten Nikolaus, welcher bei dieser Gelegenheit zum erstenmale seit seiner Krankheit wieder zu seinen Soldaten sprach. Der Großfürst Nikolaus gab darauf zu Ehren seines erhabenen Gastes ein großes Diner und lud ihn ein, die verschiedenen Cantonirungen seiner Armee zu besichtigen. Für die Weiterreise nach Moskau wurde ihm ein Hofzug zur Verfügung gestellt und nach allen Stationen telegraphirt, daß die Behörden ihm einen würdigen Empfang bereiten.

* (Der ehemalige Justizminister Balthasar Horváth) wurde zum Sequester-Curator sämtlicher kaiserlich Nicolai Esterházy'schen Güter ernannt.

* (Todesfall.) Der Obergespan des Fogaraser Comitats, Koloman Boér, ist am 10. d. in Folge eines Schlaganfalles unerwartet aus dem Leben geschieden.

* (Hochwasser.) Die Donau hat in Folge der milden Witterung, welche bis zur Mitte dieser Woche herrschte, und langandauernder Regengüsse, eine gewaltige Höhe erreicht (hier in Preßburg heute, Samstag Früh: 4.90 Meter ober Null,) so daß, wie wir an anderer Stelle berichten, Wien wieder einmal großen Schaden erlitt. Ist auch jetzt die eigentliche Gefahr für diese Stadt vorüber, nachdem von der oberen Donau in Folge des Sinkens der Temperatur eine Abnahme des Wasserstandes gemeldet wird, so ist dies doch noch keineswegs bezüglich unseres engeren Heimathlandes der Fall und werden namentlich in Budapest seit mehreren Tagen energische Maßregeln zur Vorbeugung der Ueberschwemmungsgefahr getroffen. Auch die Moldau und Elbe sind wieder aus ihren Ufern getreten. Die größte Wassersnoth wird jedoch aus der Schweiz gemeldet, wo am 14. d. sieben Eisenbahnlinien überschwemmt und unterbrochen waren, der Bodensee ausgetreten ist und die Höhe des Rheins bei Basel, wo derselbe ohnehin ein großes Gefälle hat, mehr als 15 Fuß über die Normalhöhe betrug — und woher leider noch schlimmere Nachrichten zu erwarten sind.

* (Das Brod der Armen.) Im Verwaltungsausschusse des Varjer Comitats legte in der Sitzung vom 7. Febr. der Steuerinspector Jokla seinen Bericht vor, in welchem die Mittheilung enthalten war, daß mehrere Gemeinden des Comitats durchaus nicht im Stande sind, die Steuern zu bezahlen. Zur Illustrirung des herrschenden Elends wies der Steuerinspector einen

aus der Gemeinde Jastraba mitgebrachten Laib Brod, welches aus Kleie und Kohlblättern gebaden ist und in der Gegend von Kremnitz die Nahrung eines großen Theiles der Bevölkerung bildet. Das Brod wurde behufs Untersuchung der Sanitätscommission übergeben.

(Entsetzlicher Unglücksfall.)
In der Esongrader Dampfmühle ereignete sich vor einigen Tagen ein furchtbares Unglück. Der Müllerbursche Stefan Antal wurde nämlich vom Maschinenrad erfasst und förmlich zermalmt. Der Unglückliche war der einzige Sohn einer armen Wittve.

(Selbstmord eines Knaben.)
Aus Wien, 14. d., wird gemeldet: Der 13-jährige Gymnasialschüler Paul E. hat sich gestern Abends in der Wohnung seines Vaters, eines im Bezirke Josefstadt wohnhaften k. k. Militärbeamten, durch einen Pistolenschuß getödtet. Ein nicht nach Erwarten ausgefallenes Schulzeugniß, welches der Junge letzten Samstag erhielt, gab Veranlassung zum Selbstmorde.

(Der Carlsbader Sprudel)
kann möglicherweise eine große Concurrenz bekommen, indem vor einigen Tagen in Brüx, ebenfalls in Böhmen gelegen, bei Bohrversuchen auf Kohlen ein ähnlicher Sprudel erhoben wurde, welcher eine Temperatur von 18—20° hat, die übrigens nach der Fassung sich noch bedeutend erhöhen dürfte. Der Quell sprudelt mit großer Gewalt und beträgt seine Ergiebigkeit circa 46 Kubikfuß per Minute. Die k. k. Berg-Direction, als Besitzerin des Quell-Territoriums, überließ bis auf weitere Anordnung des Ministers die Ausnützung der Quelle der Brüxer Stadtgemeinde. Tausende von Menschen kommen, um die Sprudelquelle zu besichtigen. Die Brüxer Stadtvertretung bewilligte zur Fassung der Quelle einen namhaften Geldebetrag aus Gemeindegeldern.

(A w i n e n s t u r z.) Man schreibt aus Steinaach (Steiermark) vom 10. d.: Heute Morgens um 8 Uhr ging vom Nordabhange des Grimming beim sogenannten Thörlbrunnen eine Staublawine nieder, welche auf dem unten sich anlehenden und bis zur Poststraße reichenden Schuttkegel auseinanderprallte und sich dann über die Poststraße hinüber in einer Breite von circa 150 Meter bis zu dem 30 bis 60 Meter weiter entfernten Grimmingbache ergoß. Ein gerade diese Stelle passirender Wagen wurde total zertrümmert. Eine auf dem Gefährte sitzende Frau blieb todt, und auch die zwei Pferde gingen zu Grunde; der Fuhrmann und eine zweite Frauensperson, die zusammen neben dem Wagen hergingen, wurden vom Luftdrucke circa 50 Meter weit geschleudert, und zwar der Fuhrmann in den Bach hinein, in welchem er eine Strecke weit fortgerissen wurde, bis es ihm gelang, sich zu retten. In einem Halbkreise von circa 200 Meter wurden alle Waldbäume einzig durch den Luftdruck entwurzelt oder geknickt.

(Mit Gas beleuchtete Eisenbahnzüge) werden nunmehr auf der linksrheinischen Eisenbahnstrecke Basel-Cöln eingeführt werden, nachdem das Resultat der am 29. v. M. ausgeführten Probefahrt sehr günstig ausgefallen ist.

(Eine Scene aus dem deutschen „Culturkampf.“) Man schreibt aus Hörter (Westfalen) vom 8. d.: Vorgestern wurde die sterbliche Hülle des Pfarrers von Fürstenau der Erde übergeben. Nach Beendigung der Trauer-ceremonien wurde die nunmehr ganz verwaiste Gemeinde verständigt, daß um 3 Uhr Nachmittags der Abschied vom allerheiligsten Sacramente statthabe. Zu der angegebenen Zeit war die Kirche gefüllt. Der Tabernakel wurde geöffnet, ohne priesterlichen Gesang und Orgelklang still noch einmal der sacramentalische Segen gegeben, dann die consecrirte h. Hostie aus der Monstranz entfernt und auf ein bereit liegendes Corporale gelegt. Desgleichen ward darauf der Inhalt des Ciboriums auf dasselbe Corporale ausgeleert und letzteres dann in gehöriger Umhüllung, eingeschlossen in eine Burie, durch einen Priester in bürgerlicher Kleidung, aber mit verdickter Stola, in die nächste Pfarrkirche übertragen. Nachdem das Ciborium den Umständen entsprechend purificirt worden war, standen die heiligen Gefäße leer auf dem Altare und der Tabernakel war verödet. Einer der anwesenden Priester

löschte jetzt die „ewige Lampe“ aus und so war auch das letzte Sinnbild der immerwährenden sacramentalischen Gegenwart Jesu Christi in dieser Gemeinde verschwunden. Schreie des Schmerzes, der Angst, der Trostlosigkeit durchhallten die Kirche. Einsender hat etwas Ergreifenderes in seinem Leben niemals gesehen und gehört. Es wäre doch vielleicht gut gewesen, wenn eine Partie richtiger „Culturkämpfer“ in diesem Augenblicke anwesend gewesen wäre. Die Frage hätte sich ihnen aufdrängen müssen: „Was richten wir an? Bringen wir Ruhe und Frieden, oder was säen wir aus? Und wie können wir das verantworten?“ Und die Ueberzeugung müßte sich Jedem nahelegen: Das katholische Volk lebt aus seinem Glauben. Wenn wir denselben angreifen, stehen wir auf einem verlorenen Posten.

(Ein jugendliches „Finanzgenie.“) Einer unserer Wiener Millionäre, der vor kaum zehn Jahren nur einen kleinen Manufacturladen besaß, hat einen einzigen Sohn von etwa 18 Jahren, dessen gar zu solide Lebensweise dem die Prunksucht liebenden Vater durchaus nicht behagte. Trotz des bedeutenden Taschengeldes, das er erhielt, und trotz der verschiedenen Sümmchen, die ihm die Mutter heimlich zuflachte, blieb das Söhnchen ein sogenannter Stubenhocker, der wol häufig seine Freunde bei sich sah, aber nie ein Vergnügen mit ihnen theilte. „Mir scheint, er wird werden ein Gelehrter“ — meinte die Mutter, als sie mit ihrem Manne über das zurückgezogene Leben des lieben Söhnchens sprach. „Das war mir gar nicht lieb, denn die Gelehrsamkeit wirft magere Procente ab“ — lautete die besorgnißvolle Antwort des Millionärs. Diese Besorgniß des Vaters wurde aber vor einigen Tagen in ganz eigenthümlicher Weise verschudt. In dem Zimmer des lieben Söhnchens fand eine tumultuarische Scene statt, und als die Eltern sich überzeugen wollten, was dort geschehen, fanden sie mehrere junge Leute im heftigsten Streite mit ihrem Sohne. Und was war die Veranlassung? Das liebe Söhnchen hatte ganz im Stillen ein Bankgeschäft in seinem Zimmer etablirt und seinen Freunden, die ihm ein Pfand hinterlegen konnten, kleine Darlehen gegen die mäßigen Zinsen von 50 pCt. gegeben. Eine kleine Geschäftsdifferenz gab zu der tumultuarischen Scene Veranlassung. Der Vater untersuchte die „Geschäftsbücher“ des lieben Söhnchens, und als er eine günstige Bilanz entdeckte, sagte er zu seiner Frau voll Glückseligkeit: „Gott sei Dank, er wird kein Gelehrter!“

(Neue diplomatische Enthüllungen) hat der italienische General La Marmora soeben in einem Buche veröffentlicht, welches den Titel führt: „I segreti di Stato nel governo costituzionale“ („Das Staatsgeheimniß im constitutionellen Staate“). La Marmora theilt sein Werk in zwei Theile, welche in je fünf Kapitel eingetheilt sind, die folgende Ueberschriften führen: I. Theil. 1. Kap. Schwäche unserer Minister. (Kabinet Minghetti.) 2. Kap. Präpotenz des deutschen Reichskanzlers. 3. Kap. Verfolgung von Seiten der preussischen Agenten. 4. Kap. Vorgehen unserer Minister in der italienischen Kammer. 5. Kap. Die öffentliche Meinung in Italien über mein Buch „Etwas mehr Licht“. II. Theil. 1. Kap. Das Statut und die Staatsgeheimnisse. 2. Kap. Verfassungswidrigkeit des Artikels 196. 3. Kap. Illusionen über die Resultate des Artikels 196. 4. Kap. Ein Blick auf die Geschichte. 5. Kap. Letzte Betrachtungen über unsere Angelegenheiten.

(Der berühmte General Changanier) ist am 14. d. in Paris im 84. Lebensjahre gestorben. Vor 1848 Gouverneur von Algier, führte derselbe 1849 den Oberbefehl in Paris gegen die Barrikadenkämpfer und lebte nach Napoleons Staatsstreich im Exil in Belgien. Im Jahre 1870 fand seine Veröhnung mit letzterem statt. Er schloß sich dem französischen Heere an und leitete die Capitulation von Metz ein.

(Einen merkwürdigen Fund) haben vor einigen Tagen bei Paris mehrere Fischer gemacht, die ihre Netze in dem Seinefluß auswarfen. Sie zogen nämlich einen unförmlichen, mit Sand und Muscheln verklebten „Topf“ aus der Tiefe, den sie für wenige Francs an einen Pariser Antiquitätenhändler verkauften. Dieser befreite das seltsame Ding von seiner lastigen

Kruste und fand zu seinem Erstaunen, daß er einen antiken Krug im reinsten Styl vor sich habe. Das ovale Gefäß ist mit herrlichen Eiselirungen bedeckt, welche mit Weinblättern und Trauben geschmückte Satyren in ausgelassenem Tanze darstellen. Van selbst mit seiner Flöte führt den Reigen. Der Krug trägt ferner den griechischen Buchstaben Ϙ, und das Metall, aus welchem er gefertigt ist, schillert regenbogenfarbig und ähnelt keinem der uns bekannten Metalle. Der Antiquar, ein unterrichteter Fachmann, glaubt einen wahren Schatz in Händen zu haben, nämlich ein „murrhinesisches Gefäß“ aus jener Metallmischung, welche die Alten auch als „Korinthische Bronze“ kannten und, nach Seneca, mit Gold aufwogen. Sechs verschiedene Metalle, nämlich Gold, Silber, Kupfer, Blei, Zinn und Eisen wurden zur Herstellung dieser murrhinishen Gefäße verwendet. Man vermutet, daß der jetzt aufgefundenen Schatz aus jener Zeit herrührt, da Lutetia, das heutige Paris, von den Legionen Cäsars belagert wurde.

(Eine Explosion schlagender Wetter) fand am 14. d. in den Kohlengruben von Graiffesac (Dep. Hérault) in Frankreich statt, wobei von den in den Minen beschäftigten 60 Arbeitern nur 5 gerettet wurden.

(Wohin es mit der Declamation noch kommt!) Ein industriöser Unternehmer läßt jetzt in England und Frankreich Agenten herumreisen, welche Hôtels und Restaurationen irdenes Tafelgeschirr unentgeltlich anbieten. Seine Abnehmer müssen sich nur gefallen lassen, Teller zu nehmen, deren Rand an Stelle der Verzierungen rund herum mit Annoncen besät ist. Die Annoncierenden haben natürlich zu bezahlen, je nach der Zahl der Teller, die sie bedruckt zu sehen wünschen.

(Unglücksfälle auf dem Meere.) Aus Lissabon wird gemeldet, daß das Dampfschiff „Emilia“, auf welchem sich die kaiserlich brasilianische Commission für die Weltausstellung in Philadelphia sammt ihren Familien und den auf dieser Ausstellung gekauften Gegenständen Anfangsänner nach ihrer Heimath eingeschifft hatte, auf offener See verunglückt sei, wobei alle Passagiere und das ganze Schiffspersonal mit Ausnahme zweier Matrosen ihren Tod in den Wellen fanden. Von diesen zwei Matrosen soll Einer in Folge des Schreckens den Verstand verloren haben. — Ebenso trifft die Nachricht aus Newyork ein, daß der englische Dampfer „Bavaria“ am 6. d. auf der Fahrt von New-Orleans nach Liverpool im offenen Meere verbrannt ist. Die Passagiere und Mannschaft wurden jedoch gerettet. Dieselben landeten am 10. d. in Beaufort (Süd-Carolina.)

(Eine ungeheure Pulverexplosion) fand am 11. d. in Ahmedabad (Ostindien) statt, wobei 50 Personen getödtet und gegen 1000 verwundet wurden.

Localnachrichten.

**** (In der ordentlichen Monats-sitzung des städt. Verwaltungsausschusses,)** welche am 12. d. stattfand, wurden nur wenige Gegenstände verhandelt, welche von allgemeinem Interesse wären. Aus dem bürgermeisterlichen Referate über die st. Verwaltung ist zu entnehmen, daß gegen einen Beamten die Disciplinar-Untersuchung eingeleitet wurde, weil bei demselben ein Cassa-Deficit von übrigens nur 24 fl. entdeckt wurde. — Dem Berichte des Steuerinspectors gemäß verminderten sich die Steuerrückstände, welche Ende Januar 1876 noch 110,000 fl. betragen, in diesem Jahre auf 86,000 fl. — Dem Antrage des Schulinspectors zufolge wurde beschloffen, das Verzeichniß jener hiesigen Schulen, in denen bei der Revision mehr als 80 Schüler gefunden wurden, dem Ministerium vorzulegen. — Aus dem Berichte des st. Physikats ist ersichtlich, daß der Krankenstand dahier im verfloffenen Monat ein ziemlich unglünstiger war. Es starben 105 Personen, wovon 11 infolge von Diphtheritis.

**** (Das Schicksal des Herrn Anton v. Zmely,)** welcher bekanntlich seiner Repräsentantenstelle verlustig ging, weil er übersehen hatte, in den aufgelisten Wahresultaten nachzusehen, ob sein Name darin enthalten sei, steht nicht vereinzelt da. Denn das Verifications-Comité hat

noch folgende Herren aus der Liste der Birillisten gestrichen: Bar. Otto Walterskirchen, Franz Spener, Eduard Richter, Ant. Tóth und Julius Lippert, weil dieselben in der 1877er Liste der Wähler der Landtags-Abgeordneten nicht enthalten sind. Aus derselben Ursache wurden auch Jakob Oltram, Carl Laban, Heinrich Munker, Carl Plank, Josef Leykauf und Samuel Portisch aus der Reihe der gewählten Repräsentanten gestrichen.

** (Die Pestsburger Waisenverforgungs-Anstalt,) seit 1831 unter dem Protectorate Sr. Exc. des Herrn Grafen Franz Zichy von Vásonkeö bestehend, hatte laut dem 46. Jahresausweis im Jahre 1876 eine Einnahme von fl. 7933.08 gegenüber fl. 6839.80 Ausgaben, mit welchen außer dem Lebensunterhalt nebst Bekleidung der 40 Waisenkinder, Gehalt des Personals, Unterhaltung des Anstaltsgebäudes, noch die Ausstaffierung von 4 Waisentnaben, Erziehungsbeiträge und 2 Unterstützungs- (resp. Pensions-) Beträge von je fl. 300 bestritten wurden. Der Vermögensstand des Waisenhauses betrug am 31. December 1876 fl. 123,287.25, jener des Reservefonds fl. 23552.51.

Bollwirthschaftliche Zeitung.

(Behufs Besichtigung der Pariser Weltausstellung) hat Minister Tréfort mit Erlaß vom 10. d. eine Enquête angeordnet, welche am 26. d. Morgens 9 Uhr im Conferenzsaale des Handelsministeriums zu Budapest ihren Anfang nehmen wird. Zu dieser Enquête, welche unter der Leitung des Ministers Tréfort selbst stattfinden wird, wurden von demselben Vertreter der Handels- und Gewerbekammern in Budapest, Pest, Debreczin und Arad, ferner die Präsidien des Landes-Agricultur-Vereins, des Landes-Industrievereins, der geologischen Gesellschaft, des Landes-Ingenieurvereins, des landes-forstwirtschaftlichen Vereins, des siebenbürgischen Agricultur-Vereins und des siebenbürgischen Kellerei-Vereins einberufen. Von dem Grundprincip ausgehend, daß bei dem geringen Raume von nur 4 bis 5000 □ Meter, der Ungarn zufällt, nur solche Gegenstände zur Ausstellung zu bringen seien, welche Exportartikel bilden oder deren Concurrenzfähigkeit es für das Land als nützlich erscheinen läßt, daß sie ausgestellt werden, — und angesichts der außerordentlich ungünstigen finanziellen Verhältnisse hält der Minister es für nothwendig, daß jeder äußere Prunk zu vermeiden und es unsere ausschließliche Aufgabe sei, durch den inneren Werth und die fortschrittliche Entwicklung unserer Ausstellungsgegenstände die Aufmerksamkeit des Auslandes zu erwecken. Die Enquête wird sich mit folgenden Fragen beschäftigen: 1. Bezeichnung derjenigen Gruppen und Klassen, bezüglich deren die Vertretung Ungarns auf der Pariser Weltausstellung als wünschenswerth erscheint. 2. Organisation von Collectiv-Ausstellungen. 3. Feststellung des Sitzes, des Gebietes und des Wirkungskreises der Ausstellungs-Commissionen in der Provinz. 4. Feststellung des Anmeldestermines. 5. Regelung der vorläufigen Beurtheilung der Ausstellungsgegenstände. 6. Modalitäten der Sammlung der Ausstellungsgegenstände.

(Die bisher getrennten Ober-Inspectionen für die ungarische Eisenbahnen- und Dampfschiffahrt) wurden laut Publication im Amtsblatt in eine kön. ung. Oberinspektion für Eisenbahn- und Dampfschiffahrt vereinigt und Ministerialrath Karl Langer zum Leiter derselben ernannt.

(Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft.) Am 16. d. M. haben die Passagierfahrten von Pest abwärts begonnen. Dasselbst geht vorläufig jeden Freitag um 7 Uhr Früh ein Schiff nach Semlin und jeden Dienstag ein Schiff nach Orjova ab. Das Orjovaer Schiff hat Anschluß nach der untern Donau bis Kustschul-Giurgewo. Im Laufe der nächsten Woche werden auch die Passagierfahrten zwischen Wien und Pest beginnen.

* (Die Oefener Commercial-Bank), welche ihre Capitalien auf längere Termine veranlagte, beschloß gestern, von ihren sie bedrängenden Gläubigern ein sechsmonatliches Moratorium zu

fordern und eine ruhige Liquidation zu versuchen. Der Verlust des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 158,333 fl. (!) von 300,000 fl. Capital. Die Bank unterhandelt mit der Sparkasse wegen Gewährung eines Darlehens, damit die Einlage-Gläubiger, welche 670,000 fl. zu fordern haben, theilweise befriedigt werden.

(Ueber den Nothstand in Wien,) dessen Ursachen und Umfang zu ergründen auf die Initiative Sr. Majestät in der verfloffenen Woche Seitens des Wiener Gemeinderaths ein sog. Nothstandsausschuß eingesetzt wurde, laufen leider tagtäglich ungünstigere Nachrichten ein. Wie wir erfahren, wurden vom Letzteren, welcher aus je 2 Delegirten der acht Sectionen des Gemeinderathes gebildet ist, um der allgemeinen Noth zum Theil wenigstens abzuhelfen, die Gründung weiterer Volksküchen und großartige Erdarbeiten empfohlen. Ob diese Mittel aber in Wirklichkeit dem großen Elende, welches namentlich beim kleinen Gewerbebetriebe (Schneider, Schlosser, Buchbinder, Glaser, Goldarbeiter, Uhrmacher, Drechsler etc.) und bei vielen Hunderten von entlassenen Ingenieuren, Bauzeichnern u. s. w. eingerissen ist, abhelfen können, ist leider sehr zweifelhaft. Denn wo das Geld eben vollständig fehlt, helfen Volksküchen nur dann, wenn den Hungerleidenden die nöthige Kost unentgeltlich verabreicht werden kann, und andererseits müßte die Noth doch schon auf's Aeußerste gestiegen sein und eine bedenkliche Gestalt angenommen haben, wenn geschickte Handwerker oder gebildete und sachkundige Leute zum Spaten und zur Erdschaufel greifen müßten, um nur das nöthige Brod sich zu erwerben. Wenn wir oben sagten, daß der Nothstand tagtäglich ungünstiger sich gestalte, so ist dies traurigerweise nur allzu wahr. Zwei Ereignisse neuesten Datums liefern den Beweis für die Richtigkeit unseres Urtheils: In Folge der abnormen Witterungsverhältnisse ist die Donau wieder derart angeschwollen, daß Wien wieder einmal der größten Wassernoth ausgesetzt ist und das Central-Comité für Ueberchwemmungs-Angelegenheiten sich vom Montag an bereits wieder in Permanenz erklären mußte. Am Mittwoch Vormittags 10 Uhr betrug der Wasserstand an der Ferdinandsbrücke bereits 316 Centimeter ober Null, in Folge dessen in Erdberg und bei den Kaiserwäldern bereits viele Häuser geräumt werden mußten und das Wasser schon in unzähligen Kellerräumen steht. (Die größte Gefahr ist übrigens, den neuesten Nachrichten zufolge, bereits glücklich beseitigt.) Ist angesichts der gegenwärtigen Jahreszeit die Wassernoth für die armen Bewohner, die dadurch getroffen wurden, eine umso bedauerlichere, so hat in den letzten Tagen ein anderer, nach Tausenden zählender Theil der ärmeren Bevölkerung Wien's durch den Bankerott des kön.-ungarischen Hofwechslers F. Leitner seine größtentheils letzten Ersparnisse verloren, welche sie bei demselben angelegt hatten. Leitner betrieb nämlich in sehr ausgedehntem Maße das seit einigen Jahren eingeführte Katenbrief- und Spielgruppengeschäft, ließ sich jedoch nebenbei in großartige Speculationen an der Börse ein, die so unglücklich ausfielen, daß er sich außer Stand sah, seinen Verpflichtungen nachzukommen, und als fallit sich erklären mußte. Nach dem Polizeirapport ist Leitner, welcher noch am 8. d. Loje und Werthpapiere in der Höhe von 63,000 fl. verkaufte und den Erlös erhob, da diese Wertheffecten als Grundlage und Spielobject für die von ihm arrangirten Spielgesellschaften mit sog. Antheilscheinen zu dienen hatten, wegen Betrugs bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Das bekannte Defizit beträgt weit über 200,000 fl. und dürften voraussichtlich die Katenbrief-Besitzer, die fast ausschließlich dem wenig vermöglichen Bürgerstande angehören, um den größten Theil ihrer in dieser Art angelegten Ersparnisse sich gebracht sehen, welche freilich immerhin eine prätere war.

(Die Börse) hat sich im Laufe dieser Woche stark rückwärts concentrirt, indem nicht nur der Verkehr sich bedeutend verflaute und fast eine völlige Geschäftslosigkeit eintrat, sondern auch die Course so ziemlich auf der ganzen Linie sich wesentlich abschwächten. Die Veranlassung hiezu boten fortgesetzte ungünstige Nachrichten von auswärtigen Börsenplätzen, namentlich Paris und Berlin, wo man die Situation im Oriente für eine unbedingt

kritischere und weitaus acutere hält, als dies Seitens der Wiener Börsenspeculanten der Fall ist, welche noch lange nicht an die Möglichkeit eines russisch-türkischen Krieges glauben wollen.

(Im Fruchtgeschäft) hat die günstige Tendenz der Vorwoche sich behauptet. Der Verkehr ist jedoch im Allgemeinen kein befriedigender. Es notiren am 16. Februar je 100 Rilo Ujance-

waare in	Wien	Budapest
Frühjahrs-Weizen	12.85	12.95
" Korn	10.10	—
" Hafer	8.08	7.75
" Mais	6.80	6.65

Pestsburger Fruchtpreise vom 16. Februar 1877.

Getreide	niederster	mittlerer	höchster
Weizen 146	fl. 9.75	fl. 10.16	fl. 10.57
Korn 49	" 7.40	" 7.96	" 8.13
Gerste 522	" 4.71	" 5.40	" 6.09
Hafer 126	" 3.66	" 3.94	" 4.22
Rufuruz 136	" 4.55	" 4.71	" 4.87

Verlosungen.

(Ungarische Prämienheine.) Bei der am 15. d. vorgenommenen 27. Verlosung wurden die nachstehend verzeichneten 18 Serien gezogen und zwar: Serien-Nummer 285 302 721 1869 2952 2992 3238 3414 3476 4141 4230 4295 4566 4633 4802 5027 5405 und Serien-Nummer 5633. Der Haupttreffer mit 100,000 fl. fiel auf S. 3238, N. 14; der zweite Treffer mit 10,000 fl. auf S. 5633 N. 17; und der dritte Treffer mit 5000 fl. auf S. 4802 N. 23; ferner gewannen je 1000 fl. S. 2952 N. 15 und N. 41; S. 3476 N. 42 und S. 4230 N. 14. Endlich gewannen je 500 Gulden: S. 285 N. 20 und 40; S. 1869 N. 23 und N. 41; S. 3238 N. 18; S. 4141 N. 16, 23, 29, 30, 37 und N. 44; S. 4230 N. 28; S. 4566 Nr. 1; S. 4633 N. 13, S. 5027 N. 26 und endlich S. 5633 N. 29, 30 und 32. Auf alle übrigen in den obenangeführten verlosenen 18 Serien enthaltenen und hier nicht besonders verzeichneten 875 Gewinn-Nummern der Staatsschuldverschreibungen fällt der geringste Gewinnst von je 128 fl. öst. Währung.

Feuilleton.

Das Armenschwesterchen.

Eine Erzählung aus der Gegenwart von August Siederer jun.

Aus dem Flämischen übertragen von Dr. G. Brindmann.

(Fortsetzung.)

„Madame,“ sagt der alte Mann in strengem Tone, „ich habe kein Vertrauen zu Menschen, die Gott und die Religion verachten. Ich begreife jetzt Alles. Düppel, ich weiß Euch keinen Dank dafür, daß Ihr mir derartige Personen in's Haus geführt.“

Düppel hat seinen Hut ergriffen und steht bereits auf der Schwelle der Thüre.

„Nein, Düppel, nehmt den Spiegel fort; an der Stelle jenes Glases, worin ich täglich hätte sehen können, ob ich auch noch schamroth werden kann, soll mein Heiland wieder hängen. Hinweg mit dem Spiegel, Düppel, oder ich werfe ihn auf den Boden in Stücke; und nun geht und vergeßt das Haus des armen Musikanten.“

Frau Krakeling hat mit einer Fluth von Gegenreden geantwortet, aber David Harven hört nicht. In der That, er ist derselbe verlegene Mann nicht mehr.

„Ja, ich begreife Sie,“ sagt er mit Nachdruck; „für einen materiellen Vortheil soll ich mein Vertrauen auf Ihn dahingeben. Nein, nein, Sie sind an die verkehrte Thüre gekommen. Ich glaube an Ihn, ich hoffe auf den Gekreuzigten, und als die Menschen mich verließen, habe ich bei Ihm, in Seinem Leben und Sterben immer Trost gefunden. Ich sterbe lieber mit Ihm in der Armuth, als daß ich fern von Ihm lebe im Reichthum.“

So eifrig hat David Harven noch nie gesprochen. Der arme Mann ist blaß und zittert. Er hört auf Nichts mehr; er zeigt dieser Silberstürmerin die Thüre und lange nachher, als sie angstvoll die Kammer verlassen hat, steht David

Harven noch immer da, sein Bild gegen die Brust gepreßt, als fürchte er, die böse Frau mit ihrem Spiegel und der truntene Düppel möchten zurückkehren.

Das Crucifix hängt wieder an der Wand auf seinem alten Plage, und zum ersten Mal schließt der alte Mann seine Thüre, um vor jedem ferneren Besuche sicher zu sein.

Es scheint, daß der Sekreuzigte inniger sein Haupt zu dem alten Mann herniederbeugt und zu ihm sagt: „Du bist meiner eingedenk gewesen, ich werde auch Deiner eingedenk sein!“

Und Düppel?

D! der meint es so übel nicht und der alte David selbst ist nicht mehr böse auf ihn.

Düppel kehrt zu der Bude des Althändlers zurück, um zu sehen, ob es nicht doch ein Propriétaire ist, den er sich anschaffen muß.

Kommt er zu keinem Entschlusse, so ist doch die „goldene Sonne“ in der nächsten Nähe, wo er über den wichtigen Fragepunkt nochmals nachdenken kann, sintemal Düppel jetzt ein Denker geworden ist.

Sechstes Kapitel.

Erinnerungen an die Vergangenheit.

In den Fastingstagen herrscht Thorheit und Ausgelassenheit. Die Straßen von Antwerpen, wie schlammig auch, sind vollgeproppst mit Menschen, die auf- und niedergehen, sich drängen und gaffen und endlich zum Schlusse kommen, daß sie nichts gesehen haben.

Ja doch!

Einige in Lumpen gekleidete und mit Roth beschmuzte Bursche, tanzende und heulende Kinder, einen Wagen voll Trunkenbolde; eine rohe und angelegene Kritik gegen die Verwaltung der Stadt oder gegen die Regierung; Frechheit und Brutalität; Bosheit an der Stelle des Witzes; eine riesige Schmaus- und Heulpartie, welche zwei Tage und zwei Nächte fortdauert und endlich in dem feierlichen memento dahinstirbt!

David Harven drängt sich durch die Menge; der alte Mann beschleunigt seinen Schritt, ohne den Kopf umzuwenden, und erreicht nicht ohne Mühe seine Straße und endlich seine kleine Wohnung.

Himmel, welche Veränderung!

Ist denn unser gute David mit einem Male eine Art von Millionär geworden? — Millionär im Vergleiche zu dem, was er vorher besaß.

Es ist noch immer dieselbe Kammer; aber sie ist aufgeputzt, man sollte beinahe sagen, wie ein modernes Aichenbrüdelchen am Hochzeitstage.

Der summende kleine Ofen hat zwei glühende Backen. Auf dem Tische liegt eine rothe Decke ausgebreitet und auf dieser steht eine kleine englische Lampe mit grünem Lichtschirm.

Vor dem Bette hangen weiße Vorhänge, wie auch vor dem einzigen Fenster. Der alte Lehnstuhl hat vier neue Gefährten, vier Binsensühle, die sammt und sonders noch nicht vertraut sind mit ihrem Hausherrn; denn dieser hängt noch immer an seinem alten Kameraden und darauf ist der alte Großvater ohne Zweifel sehr stolz. An der Mauer sehen wir noch immer das Crucifix hängen, ferner vier Bildnisse von deutschen Tonkünstlern; die Geige besitzt wieder vier Saiten und auf dem kleinen Eschranke liegen Bücher und Musiknoten.

Prächtig! prächtig!

Nun schaut aber den alten David an!

Der warme Winterrock steht den steifen Gliedern so wohl; der schwarze Hut, die schwarzen Handschuhe und das weiße Halstuch, eben so schön gefaltet wie vor einigen Jahren, geben ihm ein stattliches Ansehen.

Im Erdgeschosse beim Schuster und selbst in der ganzen Nachbarschaft behauptet man, daß der alte Musiklehrer mit einem Schlage steinreich geworden ist.

— Jetzt, nachdem David in seine Wohnung eingetreten ist, steht er einen Augenblick still und schaut mit der innigsten Nührung in die Kunde.

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Post.

Ueber die Bankverhandlungen in Wien wird gemeldet, daß die letzte Sitzung einen Ausgleich über die Differenzen banktechnischer Natur zu Tage förderte. Die Zahl der Mitglieder der beiderseitigen Directionen, so wie deren Junctions-Dauer, desgleichen das Vorschlagsrecht der Bank bei der ersten Wahl — ferner die Dotation und die Competenz des Generalrathes haben eine allseitig befriedigende Formulirung gefunden. Die Vertreter der Bank werden den Entwurf stillsiren. Die Hauptfrage, — die der Parität — hingegen ist noch immer unentschieden.

Im österreichischen Abgeordneten-hause hat das Ministerium Auerperg-Rasser eine folgenschwere Niederlage erlitten, indem mit einer Majorität von 103 Stimmen gegen 101 das Gesetz über die Vereinigung der in Wäthyen befindlichen Dux-Bodenbacher Bahn mit der Aufsig-Teplitzer Bahn trotz der Anstrengungen des Handelsministers Schlumegly abgelehnt wurde.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß 14 Anhänger Mithad Pascha's, die zu den einflußreichsten Mitgliedern der jungtürkischen Partei gehören, verhaftet wurden und vor ein geheimes Tribunal gestellt worden sind, ein Beweis mehr für die Vergeblichkeit der Mühen, in der Türkei geordnete Zustände einzuführen.

Die serbischen Friedenscommissäre Krstics und Maties sind nach Konstantinopel abgereist.

Montenegro scheint nicht gleich bereitwillig zum Friedensschlusse zu sein, denn es kann sich mit der Türkei nicht einmal über den Ort einigen, wo die Friedensverhandlungen geführt werden sollen: Wien, Cattaro oder Skutari.

Die Antwort der Mächte auf die Note Gortschakoff's wird als ablehnend signalisirt. Rußland wird also allein vorgehen, mit einer mobilen Militärmacht von 600,000 Mann, deren Hälfte an der türkischen Grenze aufmarschirt ist und des Befehls harret, den Kampf aufzunehmen.

Essentlicher Dank.

Se. Excellenz Herr Josef v. Szlavky hat dem Vereine „Humanitas“ neuerdings, wie im vorigen Jahre, die großmüthige Spende von 100 fl. ö. W. gütigst zugewendet, wofür der gefertigte Vereins-Ausschuß Sr. Excellenz den tiefsten Dank mit der ergebensten Bitte ausdrückt, unsern Unternehmern auch ferner die bisherige Gewogenheit nicht entziehen zu wollen.

Preßburg, 17. Februar 1877.

Der Ausschuß der „Humanitas.“

Meteorologische Beobachtungen in Preßburg.

Table with columns for Day, Time, Temperature (Barometer, Thermometer), Wind, and other meteorological data for the month of February.

Wiener Börse vom 16. Februar.

Table of stock market prices for various securities, including bonds, bank shares, and commodities, with columns for 'Geld' (Cash) and 'Waare' (Goods).

„The Gresham“ Lebensversicherungsgesellschaft in London.

Concessionirt in Ungarn sub Z. 86823. Sitz der Filiale für Ungarn: Budapest, Josefplatz Nr. 12.

Activa der Gesellschaft mehr als 57,000,000.— Jahres-Einnahme an Prämien und Zinsen am 30. Juni 1876 . 12,255,664.80 Auszahlungen für Verstärkungs- und Renten-Verträge und für Rückkäufe etc. seit Bestehen der Gesellschaft 1848 . 69,000,000.— In der letzten zwölftmonatlichen Geschäftsperiode wurden bei der Gesellschaft für . 43,996,275.— neue Anträge eingereicht, wodurch der Gesamtbetrag der in den letzten 22 Jahren eingereichten Anträge sich auf mehr als 767,000,000.— stellt. — Prospecte und alle weiteren Aufschlüsse werden ertheilt durch die Herren Agenten in der Provinz und die Filiale für Ungarn.

Vertreten in Preßburg durch die Firma M. Walko (Grünmarktplatz Nr. 258) und Herren V. Koszmann und C. Zdeborzsky (Spitalgasse Nr. 293). 7 3-1

Zähne,

einzelne oder ganze Gebisse in vulkanisirtem Kautschuk oder Gold, tauschend und unkenntbar, erzeugt, sowie alle Zahnoperationen verrichtet Ferdinand Prohászka, Zahnarzt, Spitalgasse Nr. 263. 0-6